

KURZ UND PRÄGNANT

OBI war „Enthauptung“ eine Million Euro wert

„Die Baumarktkette OBI ‚liquidiert‘ ihren Gesamt- und Konzernbetriebsratsvorsitzenden und lässt sich das eine Million Euro und einen ganzen Baumarkt kosten“, konstatiert Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Wie durch die zuständige Gewerkschaft ver.di bekannt wurde, hat der Baumarktbetreiber OBI einen neuen Preis für die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten bestimmt. Eine Million Euro und einen ganzen Baumarkt war dem Unternehmen die „Enthauptung“ des Gesamtbetriebsrates wert. Rainer Kräuter ist schockiert über die Vorgänge und kommentiert: „Aus der Gewerkschaftspresse habe ich erfahren, dass für die Übergabe des Baumarktes in Sömmerda eine Million Euro gezahlt wurde. Nur zahlte nicht der Käufer an den Verkäufer – es war genau umgekehrt. Der neue Besitzer bekam neben dem Baumarkt noch eine Million Euro für die Übernahme. Das ist ein höchst erstaunliches Geschäftsgebaren. Weniger erstaunlich wird es aber, wenn ich bedenke, dass OBI damit seinen Gesamtbetriebsratsvorsitzenden und zugleich Konzernbetriebsratsvorsitzenden, der im Sömmerdaer Markt gearbeitet hat, eliminierte – und den örtlichen Betriebsratsvorsitzenden gleich mit.“

Entsprechend der gesetzlichen Vorgaben übernahm der neue Betreiber bei der Betriebsübernahme für ein Jahr alle Pflichten gegenüber den Beschäftigten. Jedoch kann ein Gesamtbetriebsratsmitglied nicht aus einem anderen Unternehmen heraus arbeiten. Der Gewerkschaftspolitiker dazu: „Ein bössartiger Winkelzug des Unternehmens, der deutlich macht, wie es mit Mitarbeitern umgeht, die sich für ihre Rechte und die ihrer Kolleginnen und Kollegen stark machen. ‚Wie wo was weiß OBI‘ gilt wohl besonders dann, wenn es darum geht, wie man sich wo und mit welchen Mitteln unliebsamer Betriebsräte entledigt und Drohpotential aufbaut.“ 19 Beschäftigte unterschrieben den Arbeitsvertrag mit dem neuen Betreiber nicht. Sie wurden daraufhin von OBI gekündigt. „Bei der Lösung der kommenden Aufgaben wünsche ich den Beschäftigten und der zuständigen Gewerkschaft viel Kraft und stehe solidarisch an deren Seite. Ein Unternehmen, das mit seinen Beschäftigten derart skrupellos umgeht, sollte im Fokus der Politik, der Gewerkschaften und auch der Justiz bleiben. Ich zumindest werde alles genau verfolgen und jede mögliche Unterstützung leisten“, betonte Rainer Kräuter.

Gewaltbereite Neonazis jahrelang vom VS geführt

Abgeordnete Katharina König: „Das V-Mann-Unwesen gehört umgehend beendet“

„Wie ein brutaler Neonazi zum V-Mann wurde“, unter dieser Überschrift berichtete die überregionale Zeitung Die Welt (v. 22.9.2016) über Michael See, der sich heute Michael von Dolsperg nennt und vor Jahren selber als Ex-V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz offenbart hatte. Er sollte nach eigenen Angaben einst mithelfen, das untergetauchte Trio Uwe Bönnhardt, Uwe Mundlos, Beate Zschäpe in Sicherheit zu bringen. Von Dolsperg will das 1998 seinem V-Mann-Führer gemeldet haben, der abgewiegelt haben soll, das Amt würde sich schon selber darum kümmern.

Zu dieser neuerlichen Veröffentlichung erklärte Katharina König, Obfrau der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Untersuchungsausschuss „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“:

„Der Fall See unterstreicht einmal mehr, wie gewaltbereite Neonazis über Jahre vom Verfassungsschutz geführt und unterstützt worden sind.“ See, der als V-Mann ‚Tarif‘ in den neunziger Jahren durch das Bundesamt für Verfassungsschutz angeworben wurde und mindestens über Kontakte in das Um-

feld des NSU verfügte, sei ein weiterer Beleg dafür, dass die Anwerbung besonders gefährlicher und schwere Straftaten verübender Neonazikader gängige Praxis bundesdeutscher Verfassungsschutzbehörden sei.

„Sie alle haben über V-Leute massiven Einfluss auf die Radikalisierung der rechten Szene genommen“

Ähnlich wie See habe beispielsweise auch Carsten S. vor seiner Anwerbung durch den brandenburgischen Verfassungsschutz fast einen Menschen zu Tode geprügelt. Auch Carsten S. habe Hilfe bei der Erstellung von zu Hass und Gewalt aufstachelnder Szeneblättern erhalten.

„Egal, ob Bundesamt, Brandenburger Verfassungsschutz oder Thüringer Landesamt, die Methodik ist immer gleich, sie alle haben über V-Leute massiven Einfluss auf die Radikalisierung und Militarisierung der rechten Szene genommen und tragen somit auch Verantwortung für deren Opfer“, sagte Katharina König. Die vom Bundesamt redigierten Hefte des V-Mannes Tarif, in denen dieser zur Bildung von Zellen aufrief, fanden sich in der

Garage des NSU-Trios nach dessen Abtauchen in den Untergrund.

Unerträglich ist aus Sicht der Abgeordneten, dass das Opfer von Sees Gewalttat – 1991 hatte er in einer Diskothek einen Menschen angegriffen und schwer verletzt – bis heute die rechtskräftig festgesetzte Entschädigung von diesem nicht erhalten habe, während der Verfassungsschutz gleichzeitig für dessen Auskommen sorgte.

Eine Verhöhnung der Opfer

„Es ist ein Skandal und eine Verhöhnung der Opfer, wenn Nazi-Schläger von Verfassungsschutzbehörden alimentiert werden und ihre Opfer dagegen leer ausgehen“, so die Abgeordnete. In Brandenburg habe das Land die Verantwortung übernommen und das Opfer des V-Mannes Carsten S. entschädigt, gleiches erwarte sie im Fall See nunmehr vom Bund. „Das V-Mann-Unwesen und die damit verbundene Unterstützung von Nazi-Netzwerken gehören umgehend beendet, die Opfer der V-Männer, gleich welcher Verfassungsschutzbehörde, gehören entschädigt“, fasste Katharina König ihre Schlussfolgerungen zusammen. ■

Spende für OP eines Flüchtlingsjungen aus der Westsahara



Exakt 333,33 Euro sind am 11. Juni beim Tag der offenen Tür des Landtags im Fraktionscafé „Kaffeeklasch“ als Spendeneinnahme zusammengekommen. Erklärtes Ziel der Abgeordneten und Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE die Unterstützung für eine Operation eines Flüchtlingsjungen aus der Westsahara, der über den Verein SALMA e.V. in diesem Jahr im Kreis Nordhausen an der 13. Ferienzeit für Flüchtlingskinder aus der Westsahara teilgenommen hatte. Mohamed Mehdi Brahini benötigte die OP an den Füßen dringend, weil er durch Fehlbildungen nur auf den Zehen-

spitzen laufen konnte. Die Klinik hatte die notwendigen Kosten übernommen. Die weiteren Ausgaben (Flugkosten, Versicherung) hat die Linksfraktion, ergänzt mit Spendengeldern des LINKE-Abgeordnetenvereins Alternative 54, übernommen. Beide Spendenschecks konnte jetzt die Vorsitzende des Vereins, Margot Kessler (Bildmitte), aus den Händen der Fraktionsvorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow und der Vorsitzenden der Alternative 54, der Abgeordneten Diana Skibbe, entgegennehmen. Margot Kessler war in der Zeit von 1999 bis 2004 mit dem Mandat der

SPD Mitglied des Europäischen Parlaments und dort Vorsitzende der Intergruppe „Frieden für die Westsahara“.

Nach ihrem Ausscheiden initiierte sie die Gründung des Vereins, dem es um Verbesserungen der humanitären Situation der Flüchtlinge, besonders der Kinder, geht. Vorrangiges Ziel des Vereins ist es, sich gemeinsam mit anderen europäischen Solidaritätsgesellschaften gegenüber der Bundesrepublik, der Europäischen Union und den UN-Vertretern für eine gerechte Lösung in der Westsahara einzusetzen.

Die Westsahara ist der letzte Kolonialkonflikt in Afrika. Als ehemalige spanische Kolonie gelten für das Land der Sahara die Dekolonialisierungsbeschlüsse der Vereinten Nationen, die ihnen auch das Selbstbestimmungsrecht garantieren. Vertrags- und völkerrechtswidrig blockiert Marokko die Durchführung der Abstimmung noch heute. Aber nicht der wortbrüchige Aggressor steht unter internationalem Druck, sondern die 160.000 Menschen, die, von der Weltöffentlichkeit vergessen, seit einem viertel Jahrhundert in den Flüchtlingslagern der algerischen Geröllwüste leben.

1976 haben sie dort die Demokratische Arabische Republik der Sahara ausgerufen, die 1984 in der Organisation für afrikanische Einheit aufgenommen wurde. Seither organisiert diese „Republik im Exil“ ihr Überleben unter unwirtlichen Bedingungen und ist von internationaler Hilfe abhängig. ■